

Wahlprogramm der Partei DIE RECHTE

zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 13. März 2016

Präambel:

Die Partei DIE RECHTE bekennt sich vollinhaltlich und ohne jeden Vorbehalt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verfasst ist.

Die Verwirklichung der vom Grundgesetz vorgeschriebenen Verfassungsziele ist für die Partei DIE RECHTE oberstes Gebot.

Was die Partei DIE RECHTE durchsetzen will, ergibt sich aus dem alle Politiker verpflichtenden Amtseid, wie er im Artikel 56 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland steht:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. (So wahr mir Gott helfe.)“

Dass deutsche Politik in Deutschland endlich wieder gemäß dieser Vorschrift des Grundgesetzes betrieben wird, ist das Hauptziel unserer Partei.

Wahlkampfmotto:

Perspektiven schaffen, statt Massenzuwanderung akzeptieren!

1. Wahrung der Identität

Deutschland ist ein Land mit tausendjähriger Geschichte, Kultur, zahllosen Traditionen und Dialekten. Diese Eigenschaften prägen die Deutschen und stiften die Identität, um als gemeinsames Volk in einem souveränen Staat leben zu können.

- eines unserer Kernanliegen ist, dass die deutsche Identität auch im 21. Jahrhundert und darüber hinaus erhalten bleibt
- Einführung einer Akademie zum Schutz der deutschen Sprache
- Erlass eines generellen Werbeverbotes in ausländischen Sprachen
- Volksabstimmungen bei künftigen Rechtschreibreformen
- staatliche Förderung von Vereinen, welche die deutsche Kultur vermitteln, erhalten oder fördern

- Zurückdrängung der Amerikanisierung der Kultur
- sofortige Aufhebung der Duldung von dauerhaft in Deutschland lebenden Ausländern
- Straffung von Asylverfahren
- Abschiebung bei Ablehnung des Asylantrags oder Wegfall des Asylgrundes
- Ermittlungsabteilung zur Identitätsklärung von Ausländern
- sofortige Ausweisung krimineller Ausländer
- Schutz des deutschen Volkes vor Übergriffen

2. Kein Verzicht auf berechnigte deutsche Interessen

- alle Anstrengungen für die Bewahrung des deutschen Charakters unseres Vaterlandes und die Sicherung seiner Zukunft würden sinnlos, wenn es Politikern im Bund mit der Meinungsindustrie gelänge, Deutschland in einem Vielvölkerstaat beziehungsweise einer "Europäischen Union" aufzulösen
- wir fordern Volksentscheid über den Verbleib in EU und NATO
- die grenzenlose und nicht mehr von unserem Volk kontrollierte Übertragung von Souveränitätsrechten, insbesondere auch in der Außen- und Verteidigungspolitik, an eine bürgerferne europäische Hoheitsgewalt, die unsere staatliche Eigenverantwortung aufhebt, lehnen wir ab
- das Recht auf Selbstbestimmung in gerechten Grenzen ist für das ganze deutsche Volk ebenso unverzichtbar wie für jedes andere Volk der Welt
- wir wollen dieses Lebensrecht in einem freiheitlichen und wahrhaft demokratischen, sozialen und deutschen Rechtsstaat bis zur Ratifizierung einer Verfassung im Sinne des Grundgesetzes auf der Grundlage eines gleichen Rechts für alle Menschen, Völker und Staaten sowie der allgemeinen Regeln des Völkerrechts verwirklichen
- die Abtrennung der deutschen Gebiete östlich von Oder und Neiße als Kriegsfolge widerspricht völkerrechtlichen Grundsätzen, wir wissen aber auch, dass nicht Gewaltanwendung, sondern nur friedliches Einvernehmen unter den Völkern eine Linderung oder auch Korrektur dieser Lage herbeiführen kann und darf
- die Bundesrepublik Deutschland hat die Pflicht, deutschen Volksgruppen auf der ganzen Welt Schutz und Fürsorge zu gewähren, gleichzeitig muss Landsleuten der Weg in die Bundesrepublik auch in Zukunft offen stehen

3. Gleichberechtigung für Deutschland

- sofort Schluss mit dem deutschen Kriegsschuld-Kult!
- die den Deutschen vielfach zugemutete einseitige Vergangenheitsbewältigung in der Art einer Zuweisung von Kollektivschuld oder Kollektivverantwortung beeinträchtigt unsere Gleichberechtigung in der Völker- und Staatenfamilie
- wir wenden uns dagegen, dass kommende Generationen einer Diskriminierung ausgesetzt bleiben und für Vorgänge verantwortlich gemacht werden, an denen sie nicht mitgewirkt haben
- wir erinnern daran, dass schwere Kriegsverbrechen auch von den Siegermächten begangen wurden
- das Ansehen und die Ehre des deutschen Soldaten müssen in unserer Rechtsordnung besser geschützt sein. Wer Leistungen und Leiden der Frontgeneration leugnet oder verächtlich macht, versündigt sich am Andenken der Gefallenen, verletzt die Menschenwürde der Überlebenden und nimmt Bundeswehrsoldaten die zur Erfüllung ihrer Aufgaben unabdingbare Motivation
- wir wenden uns gegen jede Diskriminierung und Entrechtung der Frontsoldaten und gegen jede Schmähung ihrer Gefallenen, sie erfüllten ihre schwere Pflicht, ohne für das Handeln der politischen Führung verantwortlich zu sein
- deutsche Soldaten dürfen nicht für fremde Interessen und in fernen Kriegs- und Krisengebieten eingesetzt werden

4. Familie

Seit einigen Jahren ist der so genannte „demografische Wandel“ in den Medien und der Politik angekommen. Immer wieder wird über die daraus resultierenden Auswirkungen berichtet und die im Bundestag vertretenen Parteien versuchen erfolglos die Symptome zu bekämpfen. Dabei ist der Sachverhalt völlig klar, denn die Deutschen bekommen viel zu wenig Kinder und drohen deshalb in solch drastischem Maße zu schrumpfen, das weder das Sozialsystem, noch die Wirtschaft, geschweige denn das Rentensystem aufrecht erhalten werden kann. Die demografische Katastrophe ist aber keineswegs besiegt, vielmehr müssen unverzüglich die Weichen in der Familienpolitik gestellt werden, damit der Sozialstaat und das ganze Volk wieder eine Zukunft haben.

- Einführung eines zinslosen Ehestandsdarlehens
- steuerliche Entlastung von Familien gegenüber Kinderlosen
- Entlastung von Familien bei den Beiträgen zur deutschen Rentenversicherung

- Kindergeldzahlung nur an deutsche Staatsangehörige
- Gleichberechtigung des die Erziehungsaufgabe übernehmenden Elternteils durch Vereinbarkeit von Beruf und Kindererziehung
- Zahlung eines angemessenen Mütter- oder Vätergehaltes (Erhöhung des Elterngeldes)
- Bereitstellung von ausreichenden Krippen-, Hort- und Kindergartenplätzen vor Ort
- berufliche Wiedereingliederungshilfen für Mütter und Väter
- keine rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Beziehungen mit der Familie
- Adoptionsverbot homosexueller Paare zum Wohle des Kindes und seiner gesunden Entwicklung in einer grundgesetzlich besonders geschützten Vereinigung aus Mutter und Vater
- Förderung der Körperkultur, Sport und kulturelle Aktivitäten mit Schwerpunkt Kinder und Jugendliche
- deutschlandweit einheitliches Bildungssystem bis zum Abitur
- sofortige Angleichung sämtlicher finanzieller Leistungen in Ost und West (Löhne, Renten und soziale Transferleistungen)

5. Wirtschaft

- umfassendes Programm zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und für die soziale Sicherheit deutscher Arbeitnehmer
- umfassende staatliche Investitionen, insbesondere in die Infrastruktur und Standortbedingungen, insbesondere in Zeiten der Rezession, sowie Senkung der Steuern und Abgaben
- Wiederherstellung und Ausbau der Infrastruktur im ländlichen Raum
- Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit gefährdeter Unternehmen, wie z.B. der Werft- und Stahlindustrie bei gleichzeitiger Förderung der Zukunftstechnologien, wie z.B. der alternativen Energiegewinnung
- staatliches Programm zur Erhaltung und Wiederherstellung der historischen Substanz unserer Städte und Dörfer
- freiwilliger, staatlich unterstützter Jugenddienst im Sozial- und Umweltbereich schafft Arbeitsplätze

- Abwanderung/Wirtschaftsflucht der eigenen Fachkräfte aus Sachsen-Anhalt stoppen
- sofortige Abkehr von der Dumpinglohnpolitik der Landesregierung
- Beschränkung der Zuwanderung auf qualifizierte und tatsächlich benötigte Fachkräfte
- Vergabe öffentlicher Aufträge vorrangig an lokale bzw. regionale Firmen, die deutsche Arbeiter beschäftigen
- sofortige Verstaatlichung von Banken, Energiesektor, Schlüssel- und Rüstungsindustrie
- Abschaffung der Rundfunkgebühren

6. Der Bürger im Mittelpunkt

- Unantastbarkeit der Rechte jedes einzelnen Staatsbürgers und Beachtung seiner Menschenwürde und die Respektierung seiner Grundrechte im Sinne freiheitlicher Rechtsstaatlichkeit
- keine staatliche Verteufelung politisch Andersdenkender
- anstelle von staatlicher Gewaltanwendung, Argumentation und Diskussion
- Abschaffung des Paragraphen 130 StGB „Volksverhetzung“ sowie jeglicher Gesinnungsparagraphen
- Unentschuldbarkeit „politischer“ Rechtsbrüche (z.B. Verrat am Volk) als Voraussetzung für tatsächliche Meinungsfreiheit
- keine Ersetzung der Verfassung durch eine „Verfassungstreue“, die vom Sinn- und Wortlaut des Grundgesetzes abweicht
- Verwirklichung der Werteordnung unserer Verfassung
- kein Bürger darf länger Spielball der Bürokratie bleiben, Vereinfachung von Gesetzen und Verordnungen
- Eintritt gegen Steuerverschwendung und weitgehende Finanzierung von Parteien aus der Staatskasse
- Abschaffung der Überversorgung von Parlamentsabgeordneten
- Abbau von überzogenen staatlichen Privilegien (Dienstwagen, Vorteilsnahme im Amt)

7. Sicherung der Renten und Sozialleistungen

- Deutschland darf nicht zum Zahlmeister für fremde Interessen werden
- keine deutschen Ausgaben für das Ausland (ausgenommen Katastrophenhilfe) die EU und NATO
- Befürwortung der Verwendung von Lebensmittelüberschüssen zur Linderung von Hungersnöten in der dritten Welt.
- Staffelung des ALG nach geleisteten Arbeitsjahren
- Verwendung der so hinzusparenden Gelder zur Beitragsentlastung der Arbeiter und zur Sicherung der Renten und Sozialleistungen
- spürbare Anrechnung von Kindererziehungszeiten aller Mütter und Väter
- staatliche Bezuschussung zur lebenswerten Existenzsicherung der Staatsbürger
- Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet nach Artikel 72 Grundgesetz
- sofortige Abschaffung der Obdachlosigkeit
- Förderung und Ausbau des sozialen Wohnungsbaus (bezahlbare Mieten für jedermann)
- Schaffung der staatlichen Voraussetzung für eine würdiges Rentnerdaseins und Alterarmutsbekämpfung
- ausreichende, erstklassige, flächendeckende medizinische Versorgung durch niedergelassene Ärzte und Fachpflegepersonal

8. Innere Sicherheit

- Verschärfung von Gesetzen zur Bekämpfung schwerster Kapitalverbrechen, wie z.B. Menschenraub, Rauschgifthandel und Steuerhinterziehung
- Wiedereinführung des alten Strafbestandes des Landfriedensbruchs, dessen Abschaffung dem Straßenterror Tür und Tor öffnete
- verbesserte staatliche Hilfen für Opfer von Kriminellen
- angemessene personelle und technische Ausstattung der Polizeikräfte in Sachsen-Anhalt

- Wiedereinführung der Polizeipräsenz vor Ort (Polizeiwachen, Reduzierung der Anfahrtszeiten durch engere Strukturen)
- gesicherter 3 m hoher Maschendrahtzaun um das Bundesland Sachsen-Anhalt zum Schutz seiner Bürger vor weiteren Invasoren
- Einsatz ausgebildeter Bürgerwehren und -patrouillen zur Unterstützung der Polizei
- sofortige Amnestie aller politischen Inhaftierten (Meinungsdelikte)

9. Hilfe für den Klein- und Mittelstand und den deutschen Bauern

- bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist sorgfältig zu prüfen, ob und inwieweit diese am erfolgreichsten durch deutsche Firmen und zugunsten der deutschen Volkswirtschaft durchgeführt werden können
- wir erstreben vermehrte Investitionsanreize und Steuererleichterungen für Handwerksbetriebe, mittelständische aber auch von Klein- und Kleinstunternehmen
- unser besonderes Anliegen ist ihr Schutz vor übermäßiger ausländischer Konkurrenz, auch und gerade im Rahmen der freien und sozialen Marktwirtschaft sind Umschuldungsprogramme mit Zinsverbilligung für bedrohte Firmen sinnvoll und notwendig
- wir haben die Erhaltung des bäuerlichen Familienbetriebes zum Ziel, einschließlich des Zuerwerbsbetriebes, und fordern die Abkehr von der EU-Massenproduktion in Agrarfabriken zur Sicherung tragbarer einheimischer Erzeugerpreise
- die Erzeugung gesunder Nahrungsmittel ist zu fördern, beispielsweise durch eine umfassende staatliche Entschuldungsaktion muss der Vernichtung des Bauerntums Einhalt geboten werden

10. direkte Demokratie

- Stärkung der Mitbestimmung der Bürger durch Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene
- Absenkung der 5-Prozent-Hürde auf 3 % auf Bundes- und Landesebene
- Direktwahl der Rundfunk- und Fernsehräte, sowie Kontrolle der privaten Anbieter

- Direktwahl des Bundespräsidenten
- Direktwahl der Bundesverfassungsrichter

11. Umweltschutz

wir fordern,

- dass zum Transport der Waren- und Güter rationelle Transportmittel eingesetzt werden
- dass überwiegend regionale Nahrungsmittel verbraucht werden
- dass heimische Produkte steuervergünstigt werden
- verstärkte Forschung und gesetzliche Rahmenbedingungen zu Reduktion von Emissionen
- Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln, bei erhöhter Wirtschaftlichkeit
- umfassende Medienkampagne zur Vermeidung von unnötigem Abfall
- Mischwälder statt Monokulturen
- Kennzeichnung von Produkten aus nachhaltiger Holzwirtschaft
- dass aus 5% der deutschen Waldfläche Urwälder entstehen können
- dass die Politik sich intensiv für den Schutz der Regenwälder einsetzt
- weniger Flächenversiegelung durch Neubebauungen
- Begrenzung in Menge und Art von Pesti- und Fungiziden
- Rückbau von Flussbegradigungen zugunsten ihrer natürlicher Auslaufzonen bei Hochwasser (Hochwasserschutz)

12. Tierschutz

wir fordern,

- Artenvielfalt der Tiere erhalten
- angemessene Haltungsbedingungen für Nutztiere
- Klagerecht für Tierschutzverbände und -vereine

- angemessene Haltungsbedingungen für Nutztiere
- weg von der Massentierhaltung
- ausschließlich tierärztliche Vergabe von Antibiotika an Nutztiere
- strenge Kontrolle der Qualität von Futtermitteln
- ausnahmsloses Verbot des Schächtens von Tieren
- Verbot der Gentechnik
- Beschränkung von Tierversuchen auf unbedingt notwendige medizinische Zwecke
- Tierrechte als gesetzliche Handlungsgrundlage

13. Energiepolitik

Unsere Energiepolitik bedeutet,

- weltweiter Atomausstieg, kein deutscher Alleingang
- Förderung und Ausbau der Forschung und Produktion von Technologien zur regenerativen Energiegewinnung
- stabile Energiepreise unter staatlicher Kontrolle
- energieeffizientere Geräte und Maschinen
- Zerschlagung der Energiekartelle
- staatlich geförderte und bezahlbare Sanierungsmaßnahmen zur Energieeinsparung
- Verlegung von Erdkabeln in bewohnten Gebieten beim Bau von Hochleistungsstromnetzen

14. Bildung

- Bildung hat höchste Priorität!
- Umfassende Allgemeinbildung

- Förderung der individuellen Anlagen von Schülern
- Mehrgliedriges Schul- und Bildungssystem
- enge Zusammenarbeit mit den Eltern
- Religionsunterricht außerschulisch und freiwillig
- Kultur-, Sprach-, Geschichtsförderung
- Förderung des Sportes und der Körperkultur
- Schwerpunkt Natur- und Ingenieurwissenschaften
- keine Wegrationalisierung von Schulfächern
- Sozialfond für finanziell benachteiligte deutsche Familien
- keine Studiengebühren während der Regelstudienzeit
- Studiengebühren für ausländische Studenten
- Wiedereinführung des Diploms an Hochschulen und Universitäten
- Förderung des zweiten Bildungsweges
- Inklusion geistig behinderter Menschen in Schulen oder am Arbeitsplatz geht zulasten der Leistungsfähigkeit von Menschen ohne geistige Behinderungen, deshalb individuelle sonderschulpädagogische Förderung

15. Europa

unsere Europapolitik bedeutet,

- souveräne Nationalstaaten im Europäischen Verbund
- geografische und kulturelle Grenzen Europas einzuhalten
- Erhaltung der weltweiten Vielfalt von Völkern, Sprachen und Traditionen
- nationale Währungshoheiten, Grenzsicherung und Grenzkontrollen
- enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der Verbundländer
- gemeinsame Vertretung der Mitgliedsstaaten
- sofortige Aufhebung des Wirtschaftsboykotts gegen Russland
- freundschaftliche, kulturelle, wirtschaftliche und strategische

Zusammenarbeit und Schulterschluss mit Russland